



Pressemitteilung

Abstimmung im Europaparlament

NGOs fordern Verbot von Lebendtiertransporten in Hochrisiko-Staaten

Wedemark, 2.1.2022 In seiner viertägigen Plenarsitzung Mitte Januar wird das Europäische Parlament erneut darüber beraten, ob es Langstrecken-Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb der EU weiterhin zustimmen will. Entscheidungsgrundlage werden die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses ANIT sein, der auf Forderung von 183 Abgeordneten im Juli 2020 eingesetzt worden war. 18 Monate lang haben Sachverständige, Augenzeugen und NGOs den ANIT-Mitgliedern unzählige Beweise für massive Tierschutzverstöße im Rahmen der Transporte geliefert – doch mehr als marginale Änderungsvorschläge am bestehenden System sind dem Abschlussbericht des Ausschusses dennoch nicht zu entnehmen.

In einem Offenen Brief fordern zahlreiche Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen aus dem *Tierschutznetzwerk Kräfte bündeln* die Abgeordneten nun auf, ihre Entscheidung deutlich weitreichender zu fassen, Lebendtiertransporten in Hochrisiko-Staaten keine Zustimmung zu erteilen und sich für ein sofortiges Moratorium einzusetzen.

Zur Begründung führen die Organisationen unter anderem an, dass die seit vielen Jahren praktizierte und gut dokumentierte Realität der Transporte und deren Duldung durch die Mitgliedstaaten einen fortwährenden Verstoß gegen geltendes EU-Recht darstellen. Bereits im April 2015 hatte der EuGH geurteilt, dass ein Transport von Tieren nicht durchgeführt werden darf, wenn den Tieren dabei Verletzungen oder unnötiges Leiden zugefügt werden könnten. Allein durch die Dauer der Transporte in Länder wie Marokko, Türkei und Usbekistan, die dortige Infrastruktur und die nach europäischen Standards ungenügenden Umgangs- und Haltungsbedingungen sei dieser Tatbestand jedoch regelmäßig gegeben.

„Es ist erschütternd, dass der ANIT nach 18 Monaten Tagungsmarathon nicht imstande ist, Empfehlungen auszusprechen, die über ohnehin schon geltendes EU-Recht hinausgehen“, so Dr. Claudia Preuß-Ueberschär, Sprecherin des Netzwerks. „Wenn sich die Europäische Union wirklich als eine Wertegemeinschaft begreifen will, muss sie endlich aufhören, ökonomische Interessen über ihre eigenen Rechtsnormen zu stellen.“

Der Offene Brief der Organisationen sowie weitere Appelle und Positionspapiere finden sich auf der gemeinsamen Seite des Bündnisses www.tierschutznetzwerk-kraefte-buendeln.de

Ansprechpartnerin:

Dr. Claudia Preuß-Ueberschär, Sprecherin

c.preuss-ueberschaer@tierschutznetzwerk-kraefte-buendeln.de